

Prävention als Element des Intelligenten Risikomanagements

Expertise für das
I-KiZ – Zentrum für Kinderschutz im Internet

Dr. Ulrike Wagner
Christa Gebel

Inhalt

1. Ziel und Ertrag der Expertise.....	3
2. Ausgangspunkte und Klärung der Begrifflichkeiten	4
2.1 Risiken, die aus dem Internetumgang erwachsen können	4
2.2 Definition von Prävention in Bezug auf Online-Risiken.....	6
2.3 Verhältnis Jugendmedienschutz, Prävention, Medienkompetenzförderung	7
3. Ansätze und Strategien der Prävention.....	9
3.1 Ebenen von Risiko- und Schutzfaktoren in Bezug auf das Medienhandeln	10
3.2 Ansätze und Strategien der Prävention in Bezug auf Online-Risiken.....	10
3.3 Zielgerichtetheit von Präventionsstrategien	13
3.4 Diskussion von Ansätzen und Strategien der Prävention in Bezug auf Online-Risiken.....	14
3.5 Bezug der Ansatzebenen zum Modell des Intelligenten Risikomanagements	16
4. Systematik zur Bewertung von Präventionsstrategien bei Online-Risiken	18
Verwendete Literatur	21

Anhang

1. Ziel und Ertrag der Expertise

Die vorliegende Expertise leistet einen Beitrag dazu, Prävention als Element des Intelligenten Risikomanagements zu beschreiben und in einem Gesamtkonzept für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor internetbezogenen Risiken und Gefährdungen zu verorten. Sie bietet eine Diskussionsgrundlage, um die Arbeit des Zentrums für Kinderschutz im Internet (I-KiZ) im Bereich Prävention und deren Bewertungsmaßstäbe zu fundieren. Aufgabenstellung der Expertise ist es, die Bezüge zwischen den verschiedenen Ansätzen und Konzepten von Prävention und dem von der Fachkommission 2 entwickelten Modell des Intelligenten Risikomanagements zu systematisieren. Es ist jedoch nicht Gegenstand der Expertise entsprechende Empfehlungen für die Arbeit des I-KiZ zu formulieren.

Die Arbeitsgrundlagen dieses Papiers bilden erstens Begriffsbestimmungen unterschiedlicher Disziplinen zum Begriff der Prävention und seinen unterschiedlichen Ausformungen und daran anschließenden Konzepten (v.a. aus der (Sozial-)Pädagogik, Soziologie, Kinder- und Jugendhilfe, Medizin und Psychologie). Zweitens wurde der einschlägige Diskurs zum Jugendmedienschutz und seinem Verhältnis zur Prävention gesichtet. Drittens bietet eine Aufbereitung einschlägiger Literatur zu Online-Risiken und deren Vermeidung bzw. Bewältigung eine weitere Grundlage. Im Rahmen der Expertise erfolgt jedoch keine Aufbereitung von Forschungsergebnissen zu Online-Risiken und dem risikobehafteten Umgang von Kindern und Jugendlichen mit dem Internet oder eine Aufarbeitung von Evaluationsergebnissen zu Präventionsprogrammen z.B. zum Themenfeld Cyberbullying/-mobbing. Im Ertrag bietet die Expertise

- eine begriffliche Klärung der Prävention von Risiken, die aus dem Internetumgang Heranwachsender resultieren können,
- eine Zuordnung von Ansätzen und Strategien zu den verschiedenen Dimensionen von Prävention,
- sowie eine kriteriengeleitete Systematik zur Bewertung von präventiven Ansätzen und Strategien bei Online-Risiken.

In Kapitel zwei werden die Ausgangspunkte der Argumentation strukturiert und die Bestimmungen zu den Begriffen Online-Risiken und Prävention vorgenommen. Zentral ist dabei die Klärung des Verhältnisses von Prävention, Jugendmedienschutz und der Förderung von Medienkompetenz. Kapitel drei befasst sich im Kern mit verschiedenen Konzepten der Prävention, klärt die Bezüge zu Online-Risiken und systematisiert die Ansätze und Strategien der Prävention in Bezug auf das Modell des Intelligenten Risikomanagements. In Kapitel vier werden Kriterien entwickelt, um systematisch eine Bewertung präventiver Ansätze und Strategien in Bezug auf Online-Risiken vornehmen zu können.

2. Ausgangspunkte und Klärung der Begrifflichkeiten

In diesem Kapitel werden die Ausgangspunkte für die Argumentation grundgelegt. Sie umfassen eine Bestimmung von Online-Risiken, die Präzisierung des Präventionsbegriffs und des Verhältnisses zwischen Prävention, Jugendmedienschutz und der Förderung von Medienkompetenz.

2.1 Risiken, die aus dem Internetumgang erwachsen können

Einen ersten Ausgangspunkt für das vorliegende Papier bildet die Bestimmung der Risiken, die aus dem Internetumgang für Heranwachsende erwachsen können, im Folgenden als Online-Risiken bezeichnet. Für eine grundsätzliche Gliederung dieser Risiken kann auf unterschiedliche Systematiken zurückgegriffen werden. Beispiele dafür bilden jene, die im Kontext des Forschungsverbunds von EU-Kids-Online sowie vom Youth Protection Roundtable verwendet werden.¹ Diese Systematiken gehen in unterschiedlicher Schwerpunktsetzung von folgenden Risikobereichen aus, die in unterschiedlichen Differenzierungsgraden Verwendung finden (vgl. auch Wagner/Brüggen 2013, S. 241ff.):

- Inhalte-bezogene Risiken
- Risiken in Bezug auf das Verhalten anderer / Kontaktrisiken
- Risiken in Bezug auf das eigene Verhalten
- Ökonomische Risiken

Eine Ausdifferenzierung und Aktualisierung dieser Diskussion findet sich in einer Studie des Hans-Bredow-Instituts, deren Systematisierung medienbezogener Risiken darauf abzielt, die aktuellen medialen Bedingungen und das Handeln der Subjekte aufeinander zu beziehen (Dreyer u.a. 2013). Erstens werden die bisher benannten Risikodimensionen um die Risiken exzessiver Nutzung und Risiken in Bezug auf die Generierung personenbezogener Daten erweitert sowie der Begriff der wertebezogenen Risiken eingeführt. Zweitens werden die verschiedenen Rollen, die die Subjekte in ihrem Medienumgang einnehmen können, differenziert. Hier sind vier Rollen zu unterscheiden, die unter aktuellen medialen Bedingungen teilweise neu sind oder sich anders akzentuieren: „In den derzeitigen Medienumgebungen können Kinder und Jugendliche betrachtet werden

- als Rezipienten vorgefertigter Medienangebote, die durch ungeeignete Inhalte oder Darstellungsformen verstört oder belastet werden können,
- als Marktteilnehmer und Vertragspartner von Medienanbietern, die zunehmend und unmittelbar mit kommerziellen Angeboten in Kontakt kommen und etwa durch intransparente Nutzungsbedingungen oder Abofallen in die Irre geführt werden,
- als Teilnehmer an individuellen Kommunikationsprozessen mit Bekannten und Unbekannten, im Zuge derer sie durch Kommunikationspartner verletzt, bedrängt oder beleidigt werden,
- sowie als Akteure, die ihrerseits ungeeignete Inhalte produzieren, verbreiten oder auch andere Kommunikationsteilnehmer verletzen, bedrängen oder beleidigen.“ (Dreyer u.a. 2013, S. V f.)

Mit dieser Differenzierung gehen auch teilweise neue Ausformungen von Akteurskonstellationen einher, die für eine Einschätzung medienbezogener Risiken und darauf abgestimmte regulative Maßnahmen und Vermeidungs- bzw. Bewältigungsstrategien berücksichtigt werden müssen. Die

¹ Siehe <http://www.yprt.eu/ypert/content/sections/index.cfm/secid.84>

Autorinnen und Autoren schlussfolgern, dass in die Diskussion um einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz gerätefunktions-, konsumenten- und kommunikationsbezogene Schutzziele sowie kindgerechte Regelungen zur informationellen Selbstbestimmung einbezogen werden müssen (Hans-Bredow-Institut 2014, S. 9). Diese Differenzierung erweist sich auch für die Klärung der Rolle präventiver Maßnahmen in Bezug auf Online-Risiken als hilfreich, da damit z.B. der Umgang mit User Generated Content oder neue Formen der Verbindung zwischen Medienhandeln und Konsumhandeln in den Blick genommen werden können.

Diese Ausdifferenzierung führt zudem vor Augen, dass Jugendmedienschutz-Maßnahmen keine absolute Sicherheit bieten können. Die Gründe dafür liegen in den vielfältigen Akteurskonstellationen, in einer hohen Dynamik bei der Angebotsentwicklung und einer immer stärker individualisierten Mediennutzung und den damit einhergehenden komplexen Risikolagen. Hierfür bietet sich der Begriff des Risikomanagements an, der sich im Zuge der Diskussion um den Jugendmedienschutz in Deutschland, wenn auch in unterschiedlicher Akzentuierung, etabliert und den Jugendmedienschutz als Vermittler zwischen staatlicher Schutzpflicht und der Gefahr unverhältnismäßiger Eingriffe in die Rechte und Freiheiten Dritter ansieht (Dreyer u.a. 2013, S. 57, vgl. auch Erdemir 2014).

Darüber hinaus wird mit dem Anliegen, Prävention in Bezug auf Online-Risiken zu bestimmen, ein weiteres Argument für die Verwendung des Begriffs Risikomanagement offenkundig: Durch Prozesse der **Mediatisierung**, gefasst als die Durchdringung alltäglicher Lebensbereiche mit medienbezogenen Kommunikations- und Interaktionsstrukturen, sind **Risikolagen immer häufiger mit Medienhandeln verknüpft, wenngleich Ursachen für Risiken durchaus außerhalb der Medien zu finden sind**. Für die Ausrichtung präventiver Strategien und deren Nachhaltigkeit ist aber wiederum eine Differenzierung medienbezogener und nicht-medienbezogener Bedingungen sowie medienbezogenen und nicht-medienbezogenen Verhaltens als notwendig anzusehen (siehe Kapitel 3.2), um Risikolagen differenziert einschätzen zu können. Eine derartige Einschätzung der Rolle der Medien bietet die Voraussetzung für ein darauf aufbauendes Risikomanagement.

Die Fachkommission 2 des I-KiZ hat diesen Begriff im Rahmen des „Modell des Intelligenten Risikomanagements“ aufgegriffen (vgl. Schema des I-KiZ im Anhang). Dieses Modell „definiert für verschiedene Altersgruppen strategische Schutzziele und leitet die verantwortlichen Akteure und Anstoßgeber daraus ab. Aus den drei Säulen des Jugendmedienschutzes Angebotsgestaltung, technische Unterstützung und kompetenter Umgang ergeben sich für die vier Altersgruppen geeignete Schutzkonzepte mit einer jeweils unterschiedlich hohen Tragfähigkeit der einzelnen Säulen.“² Die Säulen „Angebotsgestaltung“, „Technik“ und „Medienkompetenz“ werden in Kapitel 3.5 zu Konzepten der Prävention in Beziehung gesetzt.

² Internes Papier des I-KiZ zum „Modell des Intelligenten Risikomanagements“, Stand: 10.09.2015.

2.2 Definition von Prävention in Bezug auf Online-Risiken

Zum Präventionsbegriff existiert umfangreiche Forschungsliteratur aus unterschiedlichen Disziplinen (Medizin, Psychologie, Pädagogik, Soziologie, Sozialpolitik etc.) die angesichts des vielfältigen Spektrums von Online-Risiken vielerlei Anregungen und Hinweise bieten können. Es ist daher sinnvoll eine sehr allgemeine Definition von Prävention zu wählen, wie sie Ziegler (2013) bietet:

„Prävention bezeichnet Eingriffe in einen Geschehensablauf (Intervention), die systematisch mit dem *Ziel* verbunden werden, die *Wahrscheinlichkeit* eines Eintritts eines unerwünschten Phänomens zu reduzieren. Prävention ist damit eine Intervention in Phänomene, die als *Risiko* thematisiert werden: Sie richtet sich nicht direkt auf ein Problem als solches, sondern auf die Wahrscheinlichkeit seines Auftretens. Präventiv sind demnach alle Interventionen, gleich welchen Inhalts, die auf einer ‚risikokalkulatorischen‘ Antizipation einer künftigen Entwicklung basieren, die verhindert werden soll.“
(ebd., S. 215; Kursivsetzungen im Original)

Ziegler hält eine Differenzierung in **Prävention und Intervention** unter analytischer Perspektive jedoch insofern für wenig plausibel, da Prävention stets in soziale Sachverhalte interveniert. Prävention hat in zeitlicher Hinsicht den Anspruch einer unerwünschten Entwicklung zuvorzukommen, statt nur in das Ergebnis dieser Entwicklung einzugreifen, also zu intervenieren (vgl. Ziegler 2013, S. 213).

Eine in Medizin, Psychologie und Pädagogik gängige und auf Caplan (1964) zurückgehende Differenzierung in **primäre, sekundäre und tertiäre Prävention** lässt sich nur mit Blick auf ein konkretes Risiko und in komplexen Handlungsfeldern nur in Bezug auf die konkret zu schützenden Personen vornehmen.

Diese Differenzierung geht davon aus, dass es sich bei dem unerwünschten Phänomen nicht um ein punktuell Ereignis, sondern um ein prozesshaftes Geschehen handelt oder eine Entwicklung, die graduell zu beeinflussen ist wie z.B. eine Erkrankung. Damit kann vor dem Einsetzen eines unerwünschten Phänomens interveniert werden (primäre Prävention), in einem frühen Stadium bzw. beim Auftreten von Vorläuferphänomenen (sekundäre Prävention) oder zu einem späteren Zeitpunkt, um das Phänomen in seiner Entwicklung abzuschwächen oder seine Verstetigung zu verhindern (tertiäre Prävention).

Wendet man die Abstufung zur Veranschaulichung auf hypothetische Beispiele des Handlungsfelds Online-Risiken an, so lässt sich verdeutlichen, dass nur eine Bestimmung von Ziel und Zielperson, gegebenenfalls in Verbindung mit kausalen Annahmen eine Intervention in dieser Hinsicht qualifiziert.

- Eine erfolgreiche Verhinderung von Schäden durch Cybermobbing an einer Schule, in der dieses Problem bislang nicht aufgetreten ist, wäre in Bezug auf potenziell Betroffene primäre Prävention.
- An einer Schule, in der Cybermobbing vorkommt, wäre ein nachhaltiges Stoppen akut bestehender Mobbingphänomene in Bezug auf bisher Betroffene sekundäre Prävention, primäre jedoch in Bezug auf künftig Betroffene.
- Ferner könnte eine Intervention die Bewältigung der Mobbingfahrung bereits Betroffener unterstützen, so dass bei ihnen weitere Folgeschäden vermieden würden (Tertiäre Prävention). Akzeptierte man die Kausalhypothese, Opfererfahrungen erhöhten die

Wahrscheinlichkeit späterer Täterschaft, wäre dieselbe Intervention als ein Akt primärer Prävention künftigen Mobbings zu betrachten.

Im Rahmen dieser Expertise wird zugrunde gelegt, dass

- das unerwünschte Phänomen in einer Schädigung von Kindern und Jugendlichen im Kontext ihres Onlinehandelns bzw. in einer mit ihrem eigenen Onlinehandeln oder dem Onlinehandeln einer anderen Person verbundenen Beeinträchtigung ihrer Entwicklung besteht
- das Präventionsziel darin besteht, entsprechende Schädigung oder Entwicklungsbeeinträchtigung zu verhindern bzw. ihre Wahrscheinlichkeit zu mindern.

Diese Bestimmung des Präventionsziels macht eine Klärung des Verhältnisses von Prävention, Jugendmedienschutz und Medienkompetenzförderung notwendig.

2.3 Verhältnis Jugendmedienschutz, Prävention, Medienkompetenzförderung

Im pädagogischen Fachdiskurs hat sich zum Teil eine Begrifflichkeit etabliert, die Prävention von Risiken des Medien- oder Onlinehandelns als Spezifizierung des Jugendmedienschutzes beschreibt. So spricht z.B. Bounin (o.J.) im Zusammenhang von Medienbildung von „präventivem Jugendmedienschutz“ und auch die Landesmedienanstalten grenzen in ihrer Selbstdarstellung gesetzlichen und präventiven Jugendmedienschutz voneinander ab.³ Dies legt eine Sichtweise nahe, gesetzlich verankerte Formen des Jugend(medien)schutzes seien keine Prävention.

Versteht man Prävention jedoch, wie in Kapitel 2.2 erläutert, als Verhinderung oder Minderung von Schädigungen bzw. Entwicklungsbeeinträchtigungen von Heranwachsenden, die im Kontext ihres Onlinehandelns entstehen können, so ist jeglicher darauf bezogener Jugend(medien)schutz Prävention.⁴

Allerdings geht das Handlungsfeld der Prävention prinzipiell über den Jugend(medien)schutz hinaus, wenn man in den Blick nimmt, dass

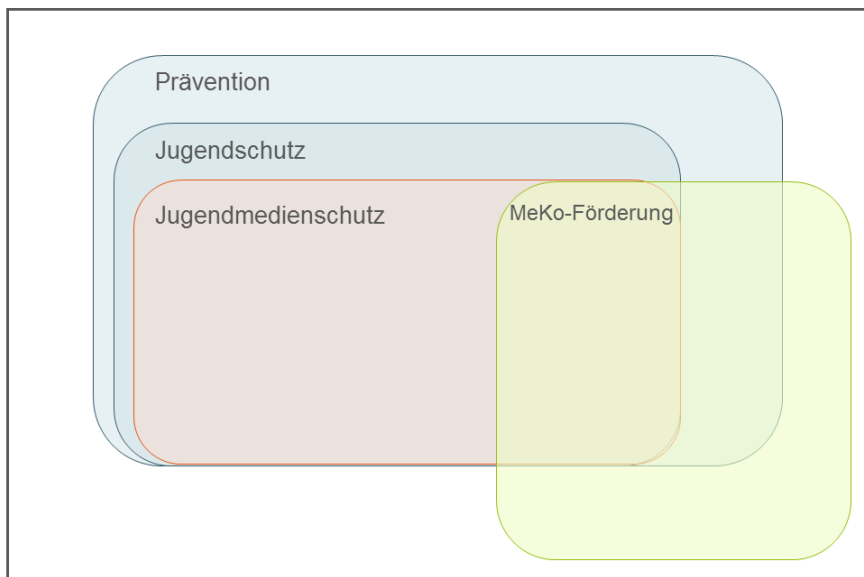
- Prävention, die nicht speziell auf Jugendliche, sondern allgemein auf eine Minderung von medienbezogenen Risiken abzielt, potenziell einen Beitrag zu diesem Ziel leisten kann,
- bestimmte Risiken, die im Kontext des Medienhandelns entstehen, auch durch allgemeine Präventionsstrategien, wie Gesundheits-, Gewalt- oder Suchtprävention, Prävention von sexuellem Missbrauch, Verbraucher- und Datenschutz etc. adressiert sein können. Dies muss sogar der Fall sein, da wie bereits erläutert, bestimmte Risiken durch die zunehmende Mediatisierung vieler Lebensbereiche spezifische mediale Bedingungen aufweisen, jedoch nicht auf diese begrenzt sind.

Das Verhältnis der Handlungsfelder Prävention, Jugendschutz, Jugendmedienschutz und Medienkompetenzförderung ist in Abbildung 2.3.1 dargestellt.

³ „Parallel zu diesem gesetzlichen Jugendmedienschutz engagieren sich die Landesmedienanstalten auch im präventiven Jugendschutz. Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Multiplikatoren spielt hierbei eine herausragende Rolle.“ <http://www.die-medienanstalten.de/themen/jugendmedienschutz/jugendmedienschutz.html> (12.08.2015)

⁴ Für diese Sichtweise spricht z.B. auch die gesetzliche Verankerung des „erzieherischen Jugendschutzes“ im Sozialgesetz (SGB, VIII, §14).

Abb. 2.3.1: Abgrenzung der Handlungsfelder Prävention, Jugend(medien)schutz und Medienkompetenzförderung

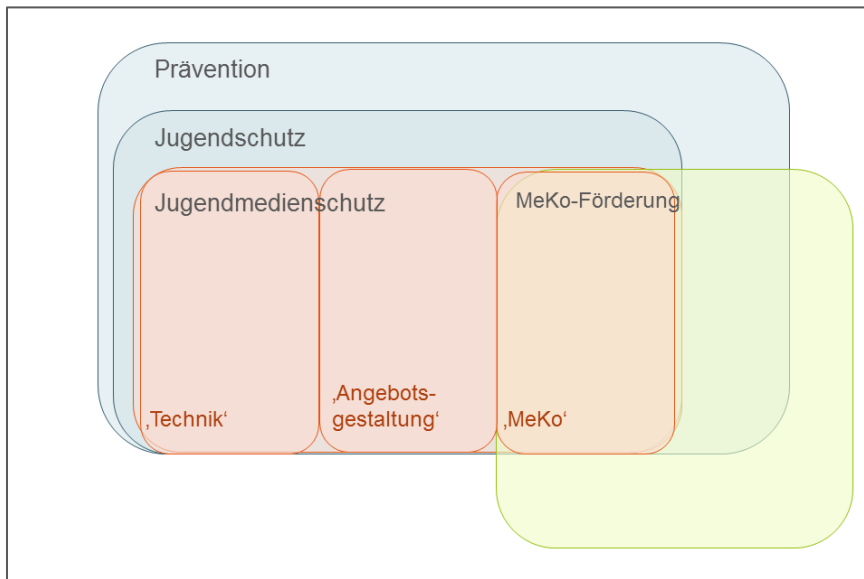


Medienkompetenzförderung ist ein vom Jugendmedienschutz und der Prävention von medienbezogenen Risiken abzugrenzendes Handlungsfeld, das mit dem Jugendmedienschutz in einem ergänzenden und überschneidenden Verhältnis steht. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Prävention von medienbezogenen Risiken leisten, geht jedoch selbst darüber hinaus, weil sie auch Ziele wie Partizipation, Realisierung von Chancen und Bildungsmöglichkeiten verfolgt (vgl. z.B. Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ 2011, S. 16, JFF 2014).⁵

Setzt man das Modell des Intelligenten Risikomanagements zu diesen Handlungsfeldern in Bezug, so lassen sich die drei Säulen des Modells innerhalb des Handlungsfelds Jugendmedienschutz verorten, wobei speziell die *Säule* Medienkompetenz im Überschneidungsbereich von Jugendmedienschutz und Medienkompetenzförderung zu verorten ist (vgl. Abb. 2.3.2).

⁵ Eine in Bezug auf die Verortung von Medienkompetenzförderung abweichende Argumentation vertreten allerdings Neumann-Braun et al. (2012, S. III). Zwar ordnen sie Medienkompetenzförderung ebenfalls nur zum Teil der Prävention zu, grenzen dagegen jedoch eine medienpädagogische Einzelfallhilfe ab, die darauf zielt Jugendlichen oder Gruppen von Jugendlichen mit risikobehaftetem bis gesundheitsgefährdendem Mediengebrauchsverhalten zu helfen. Entsprechendes Handeln bezeichnen sie als medienpädagogische Intervention.

Abb. 2.3.2: Verortung der im Modell des Intelligenten Risikomanagements bestimmten Säulen des Jugendmedienschutzes in den Handlungsfeldern Prävention, Jugend(medien)schutz und Medienkompetenzförderung



3. Ansätze und Strategien der Prävention

In der Präventionsforschung unterschiedlicher Disziplinen bzw. Präventionsfelder wird nach unterschiedlichen Ansatz- bzw. Zugangsebenen und Strategien zur Minderung der Wahrscheinlichkeit unerwünschter Phänomene differenziert.

In Bezug auf die Ansatz- oder Zugangsebene wird generell ein **Ansatz an den Umweltbedingungen** einem **Ansatz an der Person bzw. den Personen** gegenübergestellt, wobei hier unterschiedliche Begrifflichkeiten verwendet werden, wie z.B. Verhältnis- vs. Verhaltensprävention oder struktur- vs. personenbezogene Präventionsansätze (vgl. im Überblick Schmitt 2012, S. 44). Neben der Frage der Ansatzebene lassen sich zwei weitere Differenzierungen der Strategien vornehmen, wie sie z.B. Leppin (2014)⁶ anführt. Zum Ersten stellt sie Strategien, die auf eine **Minderung von Risikofaktoren**⁷ zielen, solchen gegenüber, die die **Stärkung von Schutzfaktoren** anvisieren. Zum Zweiten differenziert sie Präventionsstrategien in Bezug auf die anvisierte **Zielgruppe** (universelle vs. selektive Strategien) aus. Die Auswahl der Zielgruppen im Sinne einer selektiven Strategie wiederum kann sich an identifizierten Risikofaktoren orientieren.

⁶ Leppin (2014) bezieht sich hier auf den Kontext Gesundheitsförderung, die Differenzierung der Ebenen erscheint jedoch auf den Kontext der Risiken des Onlinehandelns übertragbar.

⁷ Der Begriff Risikofaktor ist hier zunächst im Sinne von Faktoren zu verstehen, die eine Schädigung ursächlich mitbedingen. Ausgeklammert bleiben solche, die lediglich korrelative Bezüge aufweisen.

3.1 Ebenen von Risiko- und Schutzfaktoren in Bezug auf das Medienhandeln

Risiko- und Schutzfaktoren können in Hinblick auf das Medienhandeln von Kindern und Jugendlichen auf unterschiedlichen Ebenen verortet werden. Zunächst lassen sie sich zum einen der medialen und nicht-medialen Umwelt der Heranwachsenden zuordnen, zum anderen den Betreffenden selbst. Diese erste Differenzierung in unterschiedliche Ebenen, auf denen Risiko- und Schutzfaktoren angesiedelt sind, lässt sich in folgender Tabelle (3.1.1) veranschaulichen:

Tabelle 3.1.1: Verortung der Risiko- und Schutzfaktoren in Hinblick auf das Medienhandeln von Kindern und Jugendlichen

Ebenen	Risiko-/Schutzfaktoren
Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> • Mediale: Strukturelle und inhaltliche Gestaltung medialer Angebote, Dienste und Endgeräte • Soziale: Eltern, Erziehende, Peers und ihr soziokultureller und sozioökonomischer Hintergrund • Sozialstrukturelle: Institutionen, rechtlicher Rahmen, Hilfsangebote
Person	<ul style="list-style-type: none"> • Psychosoziale Faktoren (z.B. alters-, geschlechts-, bildungstypische Vulnerabilität/Kompetenz, individuelle Resilienz) • Individuelle Medienkompetenz • Individuelles Medienverhalten und Motivation

In der Tabelle vernachlässigt ist die Tatsache, dass je nach Problemstellung von Wechselwirkungen der einzelnen Faktoren untereinander auszugehen ist. Dennoch kann die Verortung von Risiko- und Schutzfaktoren einen Ausgangspunkt für Überlegungen dazu bilden, auf welcher Ebene (Umwelt oder Person) Strategien der Prävention in Bezug auf ein konkretes Problem ansetzen sollten. Im Hinblick auf das Onlinehandeln sind jedoch weitere Differenzierungen der Ebenen vorzunehmen, wie im nachfolgenden Punkt ausgeführt wird.

3.2 Ansätze und Strategien der Prävention in Bezug auf Online-Risiken

Gerade in Bezug auf das Onlinehandeln ist davon auszugehen, dass Personen die eigene mediale Umwelt (mit-)gestalten und häufig auch die mediale Umwelt anderer. Die mediale Umwelt umfasst daher neben strukturellen Faktoren (Inhalte, Strukturen) auch personale Faktoren (Handeln anderer Nutzender). Dies ist für die Einordnung konkreter Präventionsstrategien zu bedenken, so dass hier eine weitere Differenzierung vorzunehmen ist.

Tabelle 3.2.1: Verortung von Präventionsstrategien in Bezug auf Online-Risiken

		Strategie	
		Ursachen beseitigen, Risikofaktoren mindern	Schutzfaktoren fördern, Ressourcen verfügbar machen
Umwelt der zu Schützenden	Mediale	<p>Strukturelle Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konfrontation mit risikobehafteten Angeboten verhindern <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: technische Zugangshürden wie Sperrung, Tageszeitgrenzen, geschlossene Benutzergruppen, Verfügbarkeit von Blacklist-Filtern, - Angebotsinternes Entfernen oder Verändern risikobehafteter Inhalte und Strukturen <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Etablierung von Nutzungsregeln, angebotsinterne Meldesysteme, Verbesserung von Voreinstellungen und Nutzungsoptionen, Sperrmöglichkeiten für problematische Kontakte und Aktivitäten <p>Personale Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - potenziell schädigendes Onlineverhalten anderer Nutzender mindern, <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Sanktionierung potenziell schädigenden Verhaltens, - potenziell schädigendes Onlineverhalten von Peers und Erziehenden mindern, <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Medienkompetenz der Peers fördern, 	<p>Strukturelle Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - altersgemäß attraktive und sichere Angebote verfügbar machen <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Herstellung und Zugang zu Angeboten/Vernetzung der Angebote fördern, Verfügbarkeit von Whitelist-Filtern, - angebotsübergreifende Rat- und Hilfestrukturen online - technische Tools zur Unterstützung der Medienerziehung, z.B. Voreinstellung von Geräten, Verfügbarkeit von Schutzsoftware <p>Personale Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Positives Onlineverhalten anderer Nutzender fördern, <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Förderung des Verständnisses für Schutzbedürfnisse Heranwachsender, - Positives Online-Verhalten von Peers und Erziehenden fördern <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Medienkompetenz der Peers stärken, insbesondere Motivation zur Rücksichtnahme und Unterstützung fördern,

Umwelt der zu Schützenden	Soziale, nicht-mediale	<p>Personale Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - potenziell schädigendes Kontextverhalten (z.B.: Mobbing in der Schule) anderer mindern <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Veränderung problematischer Werthaltungen (z.B. in Hinblick auf Gewalt, Konsum, Schönheitsideale, Wettbewerb) <p>Sozialstrukturelle Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mindern von Benachteiligung 	<p>Personale Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Angemessene soziale Rahmung und Unterstützung des Medienhandelns der Heranwachsenden fördern <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Medien- u. Erziehungskompetenz von Eltern/Erziehenden stärken, Medien- und Sozialkompetenz von Peers stärken <p>Sozialstrukturelle Faktoren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Angebote zur Medienkompetenzförderung - Rat- und Hilfestrukturen offline/vor Ort vorhalten (z.B. Peerberatung, Beratungsstellen)
	Zu schützende Personen	Faktoren des Medienhandelns	<ul style="list-style-type: none"> - Risikobehaftetes Medienhandeln und Umgang mit risikobehafteten Angeboten mindern <ul style="list-style-type: none"> - Mittel z.B.: Sanktionierung risikobehafteten Medienhandelns, Motivation zur Meidung problematischer Angebote und Verhaltensweisen wecken/stärken
Allgemeine Faktoren		<ul style="list-style-type: none"> - Allgemeines Risikobewusstsein fördern, insbesondere Reflexion der Motive eigenen risikobehafteten Handelns (z.B. Abgrenzung von Erwachsenenwelt, kurzfristige Vorteile, Prestigegewinn in der Peergroup) 	<ul style="list-style-type: none"> - Selbstsorge fördern - Sozialkompetenz und Selbstbewusstsein fördern

Tabelle 3.2.1 gibt einen Überblick, wie die Ansatzebenen zu differenzieren sind (Umwelt: medial strukturelle, medial personale, nicht-medial personale und sozialstrukturelle Faktoren vs. zu schützende Person: Faktoren des Medienhandelns, allgemeine Faktoren) und wie sie mit den Strategien Beseitigung von Ursachen/Minderung der Risikofaktoren vs. Förderung von Schutzfaktoren/Stärkung von Ressourcen verschränkt sind. In den einzelnen Feldern sind Beispiele für präventive Strategien im Sinne des Ansatzes an bestimmten Faktoren abgetragen, denen exemplarische Mittel zugeordnet sind.

Weder die Aufzählung der Ziele noch der Mittel erheben Anspruch auf eine vollständige Abbildung des derzeit Verfügbaren oder potenziell Möglichen. Auch impliziert die Aufnahme in die Tabelle keine medienpädagogische Bewertung.

Wie in Tabelle 3.2.1 deutlich wird, lassen sich die konkret einzusetzenden Mittel nicht unbedingt exklusiv einer Ansatzebene zuordnen, sondern können Strategien auf mehreren Ansatzebenen bedienen. So kann etwa die Förderung der Medienkompetenz von Peers die medial-personale Umwelt der zu Schützenden verbessern, indem sie online Risikofaktoren mindert und Ressourcen verfügbar macht. Gleichzeitig können die zu Schützenden dadurch auch auf nicht-mediale Ressourcen zugreifen, indem sie in medienkompetenten Peers Unterstützung im Umgang mit problematischen Angeboten finden. In der Praxis stellen zudem konkrete Mittel häufig eine Kombination aus Minderung von Risiken und Verfügbarmachung von Ressourcen dar, indem bei Filtersoftware beispielsweise Black- und Whitelists kombiniert werden.

Die Ebene des Ansatzes ist im Übrigen nicht gleichzusetzen mit der Ebene der relevanten Akteure, die hier ausgeklammert bleibt. So können z.B. Filtertechnik oder Einstellungsoptionen, die auf der medial-strukturellen Ebene zu verorten sind, anbieter- und/oder elternseitige Aktivität erfordern, um wirksam zu werden. Ferner kann das Vorhalten dieser Elemente gesetzlich verankert sein (staatliche Akteure) oder nicht.

3.3 Zielgerichtetheit von Präventionsstrategien

In der Präventionsforschung unterschiedlicher Disziplinen wird in Hinblick auf die Zielgerichtetheit präventiver Strategien zwischen universeller und selektiver Prävention unterschieden. Diese Unterscheidung kann nach Leppin (2014) auf verschiedenen Ebenen stattfinden.

Auf der **Adressatenebene** stehen **universelle Strategien** jenen der **Selektion von Zielgruppen** im Sinne der Auswahl der zu schützenden Personen (Schutzzielgruppe) gegenüber. Universelle Strategien richten sich an die Gesamtheit der Bevölkerung bzw. verzichten auf eine kriteriengeleitete Auswahl von Adressaten. Selektive Strategien gehen von bestimmten Kriterien aus, z.B. der Ausprägung von Risiko- und Schutzfaktoren. Hier würde die Prävention auf Gruppen konzentriert, die aufgrund psychosozialer, kultureller oder sozialstruktureller Bedingungen und/oder aufgrund ihres z.B. alters-, geschlechts- oder bildungstypischen Verhaltens erhöhte Risiko- oder einen Mangel an Schutzfaktoren aufweisen.

Hinsichtlich des Alters ist dies im Jugendmedienschutz auf einem sehr breiten Auflösungsgrad bereits vorausgesetzt, indem davon ausgegangen wird, dass Kinder und Jugendliche im Vergleich zu Erwachsenen einen höheren Schutzbedarf aufweisen. In Hinblick auf eine stärkere Altersdifferenzierung ist hier z.B. an eine altersangepasste Definition von Schutzzielen zu denken, wie sie im Modell des Intelligenten Risikomanagements des I-KiZ vorgenommen wird. Aus abgestuften

Zielen kann sich dann die Notwendigkeit ergeben, Mittel entsprechend altersangepasst zu differenzieren.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass die in Punkt 2.1. aufgeführten medienbezogenen Rollen, die Kinder und Jugendliche einnehmen können (als Rezipienten vorgefertigter Medienangebote, als Marktteilnehmer, als Kommunikationspartner, als Produzenten und Distributeure von Inhalten), altersabhängig unterschiedliche Relevanz besitzen. Welche Rollen für welche Altersgruppe zu berücksichtigen sind, hängt vom Zusammenspiel alterstypischer Fähigkeiten mit der aktuellen Ausgestaltung konkreter medialer Bedingungen und Kontexte ab. Je einfacher und üblicher z.B. der Umgang mit Webcam und Streaming-App, desto stärker werden mediale Tätigkeiten wie Produzieren und Distribuieren auch jüngere Altersgruppen tangieren.

Neben einer altersgestuften unterschiedlichen Vulnerabilität und Befähigung ist ferner in Rechnung zu stellen, dass Heranwachsende unterschiedliche mediale Präferenzen und Nutzungsweisen aufweisen, die in unterschiedlichem Maße und unterschiedlicher Qualität risikobehaftet sein können. Diese Medienhandlungsmuster können z.B. mit soziodemografischen und soziokulturellen Faktoren variieren, an denen eine Selektion von Zielgruppen ausgerichtet werden kann. Für die Diskussion einer auf insbesondere an Risikofaktoren orientierten Zielgruppenwahl sei auf die übergreifende Diskussion von Präventionsansätzen in Punkt 3.4 verwiesen.

Von der Unterscheidung zwischen universellen und selektiven Strategien auf Adressatenebene ist eine Differenzierung der **Ansprache** zu unterscheiden. So sind durchaus universelle Präventionsstrategien denkbar, bei denen die konkreten Mittel in der Ausformung der Ansprache jedoch an bestimmte Zielgruppen angepasst werden, etwa in didaktischer Hinsicht an die alterstypischen kognitiven Fähigkeiten und den Bildungshintergrund sowie alters- und geschlechtstypische mediale Präferenzen.

Über die Auswahl der jeweiligen Schutzzielgruppe hinaus ist zu bedenken, dass Online-Risiken in einem komplexen Handlungsfeld mit unterschiedlichen Akteuren verortet sind (Anbieter, andere Nutzende, Erziehende) die ebenfalls mit Präventionsmaßnahmen adressiert werden können.

Eine weitere Unterscheidung kann zwischen **universellen und kontextspezifischen Strategien** getroffen werden (Leppin 2014). So kann es z.B. höchst sinnvoll sein, im Sinne eines lebensweltorientierten Ansatzes Präventionskonzepte zu entwickeln, die ein gesamtes Setting, wie etwa eine Schulklasse oder die gesamte Schule einbeziehen. Der Vorteil lebensweltorientierter Strategien liegt darin, dass sie den Ansatz an der Person durch Einbezug der sozialen Umwelt enorm verstärken können (vgl. z.B. Gschwandtner et al. 2011, S. 239f). Dies bietet sich besonders bei Risikobereichen an, in denen Online- und Offlinehandeln eng verschränkt und mit bestimmten sozialen Kontexten verknüpft sind, wie etwa beim Cybermobbing mit dem schulischen (Peer-)Kontext (vgl. z.B. Perren u.a. 2012, S. 22). In diesen Fällen sind die spezifischen Gegebenheiten des Kontextes zu berücksichtigen.

3.4 Diskussion von Ansätzen und Strategien der Prävention in Bezug auf Online-Risiken

Eine Grundlage für eine nähere Bestimmung, welche Ansatz- oder Zugangsebene für das jeweilige Risiko und das jeweilige Präventionsziel adäquat ist, bilden wissenschaftlich haltbare bzw. überprüfte Modelle zur Entstehung des zu vermeidenden Schadens. Hierbei ist jedoch erstens zu bedenken, dass potenzielle Schädigungen multifaktoriell verursacht und dabei sowohl Umwelt- als auch Personfaktoren bedeutsam sein können. Darüber hinaus stehen Umwelt- und Personfaktoren in

Wechselwirkung, können einander verstärken oder mindern. So gestalten die zu schützenden Personen ihre eigene (mediale) Umwelt mit.

Daher wird in Diskursen zur pädagogischen Prävention in der Regel für einen Ansatz sowohl an den strukturellen Bedingungen als auch an den Personen plädiert (vgl. z.B. Klimsa 2007, S. 17 f., Schmitt 2012, S. 46). Da personale und strukturelle Faktoren miteinander interagieren, wird es für effektive Präventionsstrategien häufig nicht ausreichen, lediglich strukturelle Ressourcen verfügbar zu machen oder etwa mediale Risikofaktoren zu mindern, indem z.B. Angebote so gestaltet werden, dass sie Nutzungsoptionen enthalten, die dazu beitragen, Risiken zu reduzieren, wenn auf Ebene der personalen Faktoren und der zu schützenden Personen nicht die erforderliche Voraussetzungen vorhanden sind, diese zu nutzen. Umgekehrt kann im Sinne eines lebensweltorientierten Ansatzes die Modifikation von Kontextbedingungen die Entwicklung von Ressourcen unterstützen (Gschwandtner et al. 2011, S. 239f).

Zweitens ist zu bedenken, dass für die Wahl des Ansatzes, der Strategien und Mittel neben Verursachungsmodellen weitere Erwägungen auf pädagogischer und gesellschaftspolitischer Ebene bedeutsam sind. Hier wird insbesondere der ausschließliche Ansatz auf der Ebene der zu schützenden Personen und ihres erzieherischen Umfeldes kritisch diskutiert. So birgt etwa ein ausschließlicher Ansatz auf dieser Ebene die Gefahr, dass den Personen die alleinige Verantwortung für ein in der Regel multifaktoriell verursachtes Risiko zugeschrieben wird. Insbesondere eine Koppelung mit einer strategischen Ausrichtung auf Risikogruppen kann zu einer Stigmatisierung bestimmter Gruppen führen (Schmitt, 2012, S. 45). Zudem ist dies häufig auch deshalb wenig effektiv, weil eine Orientierung an wenigen, z.B. soziodemografischen Merkmalen nicht hinreicht, um die relevanten Gruppen zu bestimmen, zumal es sich dabei lediglich um Korrelate ursächlicher Faktoren handeln kann (Springer/Phillips 2006, S. 5). Neumann-Braun plädiert hier dafür, komplexe Risikokonstellationen zu beachten. (vgl. z.B. Neumann-Braun et al. 2012, 12 f.) Ferner ist zu diskutieren, inwieweit ein solcher Ansatz den Individuen eine Anpassung an verbesserungswürdige Umweltfaktoren oder Verhältnisse zumutet bzw. ihnen deren Kompensation aufbürdet (vgl. z.B. Schmitt 2012, S. 45). Dies gilt auch für Ansätze, die allein auf die Stärkung der Schutzfaktoren oder Ressourcen der zu schützenden Personen oder ihrer personalen Umwelt (Eltern, Erziehende, Peers) abzielen. Auch die Argumentation, dass ein Ziel von Prävention sei, die Subjekte soweit zu ermächtigen, dass sie selbst die Bedingungen ihrer Umwelt in ihrem Sinne beeinflussen können (vgl. z.B. Klimsa 2007, S. 25), läuft Gefahr, die Individuen zu überfordern, zumindest wenn es um einen kurz- und mittelfristig wirksamen Schutz vor Risiken geht. Dies wird offensichtlich, wenn man z.B. die Grenzen der Einflussnahme der individuellen Nutzenden auf mediale Strukturen in Betracht zieht, die von internationalen Konzernen gestaltet werden und für die Nutzenden häufig intransparent bleiben (so z.B. die Datenauswertung Sozialer Netzwerkdienste oder Algorithmen von Suchmaschinen).⁸ Dennoch plädiert Schmitt (2012) dafür, dass „ein zentrales Prinzip einer ‚guten‘ Prävention die größtmögliche Einbeziehung und Förderung der Kompetenz der jeweiligen Personen zur Veränderung und Gestaltung ihrer Umwelt [ist]“, auch wenn diese Strategie nur langfristig und graduell eine Erhöhung der Partizipationsmöglichkeiten der Subjekte verspricht. (ebd., S. 55) Insbesondere Kinder und Jugendliche dürften mit einem Ansatz, der ausschließlich darauf zielt, dass

⁸ Allerdings ist es Nutzerinnen und Nutzern durchaus möglich, Druck auf Medienanbieter auszuüben, wenn sie sich vernetzen, um z.B. eine Rücknahme der Änderung von Nutzungsbedingungen zu erwirken. Auf ein entsprechendes Beispiel verweisen Wagner/Brüggen 2012, S. 26.

Heranwachsende selbst die Bedingungen ihrer Umwelt sicher gestalten, weitgehend überfordert sein. Dies dürfte in der Regel Jüngere in höherem Maße überfordern als Ältere.

Zu der Frage, ob auf Ebene der Person eher ein Ansatz der Minderung der Risikofaktoren oder der Stärkung der Ressourcen zu wählen ist, ist zu bedenken, dass eine Minderung des risikobehafteten Medienhandelns der zu Schützenden ohne eine Stärkung der Ressourcen, häufig auf eine repressive Sanktionierung des Medienhandelns hinausläuft, ein Ansatz, der aus der Perspektive partizipationsorientierter pädagogischer Ansätze als problematisch zu bewerten ist (vgl. z.B. Klimsa 2007, Wohlgemuth 2009).

3.5 Bezug der Ansatzebenen zum Modell des Intelligenten Risikomanagements

Überträgt man die in Tabelle 3.2.1 herausgearbeiteten Zuordnungen von Ansätzen, Strategien und Mitteln auf das Konzept des Intelligenten Risikomanagements des I-KiZ, so lassen sich die drei Säulen des Modells folgendermaßen den **Ansatzebenen** zuordnen: Die Säule „Technik“, die vor allem klassische Instrumente des Jugendmedienschutz umfasst, und die Säule „Angebotsgestaltung“, die auf die Verfügbarmachung altersangemessen attraktiver und sicherer Angebote zielt (einschließlich angebotsinterner redaktioneller und technischer Unterstützung der Nutzenden), sind der Ansatzebene Umwelt zuzuordnen (vgl. Abb. 3.5.1). Die Säule Medienkompetenz ist ebenfalls der Ebene Umwelt zuzurechnen, weil damit auch die Peers und Erziehenden anvisiert sind. Auf Ebene der zu schützenden Person setzt lediglich die Säule Medienkompetenz an.

Abbildung 3.5.1: Zuordnung der Säulen des Intelligenten Risikomanagements zu den Ansatzebenen I

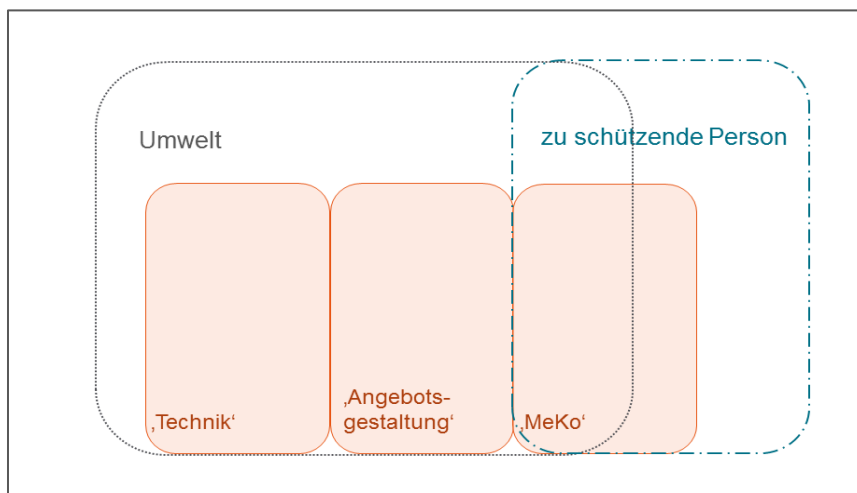
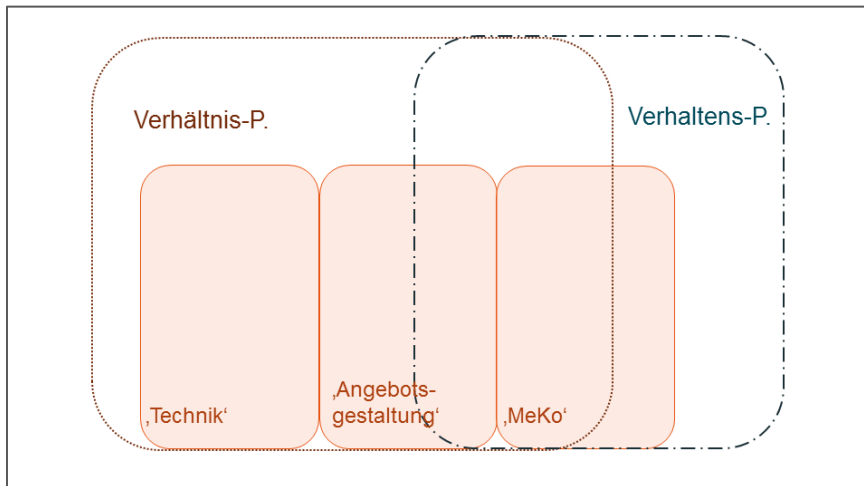


Abbildung 3.5.2: Zuordnung der Säulen des Intelligenten Risikomanagements zu den Ansatzebenen II

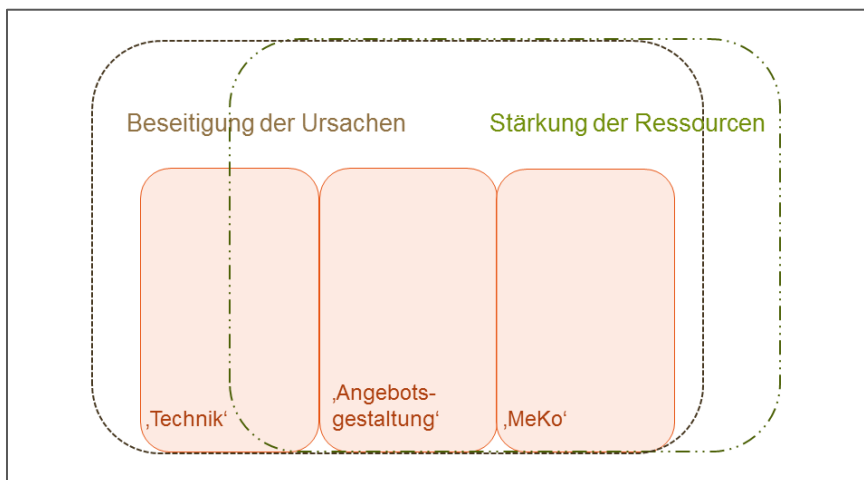


Wählt man statt der Dichotomie Umwelt vs. (zu schützende) Person die Dichotomie Verhältnis- vs. Verhaltensprävention, so ist zu bedenken, dass eine Veränderung von Verhalten nicht nur an der zu schützenden Person ansetzen kann. Sie kann ebenso das Verhalten von Peers und Erziehenden betreffen als auch eine Veränderung des Onlineverhaltens anderer Internetnutzender oder der Peers und Erziehenden. Somit sind dadurch direkt die personalen medialen und nicht-medialen Verhältnisse berührt. Hier ist also von vorn herein eine Überlappung der Ansatzebenen gegeben. In Bezug auf die Säulen im Modell des Intelligenten Risikomanagements betrifft dies in der medialen Umwelt die verfügbaren Angebote, die durch andere Nutzende und die zu schützende Person selbst mitgestaltet werden. Beide können an der Herstellung sicherer Inhalte beteiligt werden. Damit wäre die Säule Angebotsgestaltung zumindest teilweise auch der Verhaltensprävention zuzuordnen (vgl. Abb. 3.5.2).

Die Zuordnung der Strategien zur Beseitigung der Ursachen vs. Stärkung der Ressourcen zu den Säulen des Intelligenten Risikomanagements stellt sich folgendermaßen dar: Zur Beseitigung der Ursachen bzw. Minderung von Risikofaktoren können alle drei Säulen beitragen. Zur Stärkung der Ressourcen tragen sowohl Medienkompetenzförderung als auch das Verfügbarmachen sicherer medialer Angebote bei. Klassische Jugendmedienschutztechnik im Sinne einer Unterbindung oder Verringerung der Konfrontation mit risikobehafteten Angeboten ist jedoch lediglich auf die Beseitigung der Ursachen gerichtet. Technik umfasst daneben auch andere Hilfsmittel, wie z.B. Schutzeinstellungen auf Geräten oder in Angebote integrierte, automatisierte Hinweise/Hilfen, z.B. zur Aktualisierung von Privatsphäreinstellungen.

Allerdings darf bei dieser Betrachtung nicht ausgeklammert werden, dass im Handlungsfeld des Jugendmedienschutzes weder alle Ursachen angegangen werden können, die zur Schädigung bzw. Entwicklungsbeeinträchtigung von Kindern und Jugendlichen im Kontext ihres Onlinehandelns beitragen, noch alle Ressourcen gestärkt werden können, die zur Verhinderung bzw. Minderung des Schadens relevant sind.

Abbildung 3.5.3: Zuordnung der Säulen des Intelligenten Risikomanagements zu Strategien



4. Systematik zur Bewertung von Präventionsstrategien bei Online-Risiken

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen wird im abschließenden Kapitel eine Systematik zur Bewertung von Präventionsstrategien für Online-Risiken vorgestellt. Sie verfolgt das Ziel, für die Entscheidung über die Auswahl präventiver Strategien und deren Mittel im Rahmen der Arbeit des I-KiZ Kriterien zur Verfügung zu stellen.

1. Die Konkretisierung der Ziele einer Präventionsstrategie hängt von der Art des Risikos ab.

Um Anhaltspunkte für die Wahl einer Präventionsstrategie zu erhalten, ist zunächst das konkrete Online-Risiko zu analysieren. Die Einschätzung des Risikos ist voraussetzungsvoll und es sind verschiedene Aspekte einzubeziehen. Ein Aspekt dieser Analyse ist die Schadenshöhe des Risikos, die z.B. eine Rolle dafür spielt, inwieweit die Zuständigkeit des gesetzlichen Jugendmedienschutzes und seiner jeweils gültigen Regularien unter der Berücksichtigung seines Leitziels der „möglichst unbeeinträchtigten Persönlichkeitsentwicklung des Kindes“ (Dreyer u.a. 2013, S. 57) berührt ist. Im Sinne des eingeführten Begriffs des Risikomanagements gibt „die Berücksichtigung der Risikoschwere, d.h. die Schadenshöhe bei Realisierung des Risikos auf Seiten des Kindes sowie die Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos Aufschluss darüber, welche identifizierten Problemlagen die Aufgreifschwelle des regulatorischen Jugendmedienschutzes überschreiten.“ (ebd., S. 57)

Grundlage hierfür ist die ethische Bewertung nach aktuellen gesellschaftlichen Werthaltungen: Sie orientiert sich am aktuellen Diskurs über Kindheit und Aufwachsen, der seinen Ausdruck z.B. in der UN-Kinderrechtskonvention findet, in der die Rechte auf Schutz und auf gesellschaftliche Teilhabe von Heranwachsenden grundgelegt sind. Daneben spielt die Abwägung mit weiteren Gütern, wie z.B. volkswirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte, eine wichtige Rolle. Im Sinne der eingangs dargelegten These, dass jeglicher Jugendmedienschutz Prävention ist, stellt sich jedoch auch insgesamt die Frage, wie die Präventionsstrategien in Bezug auf die Schutzziele systematisch eingeschätzt werden können. Hier sind wiederum zwei Ebenen zu unterscheiden:

a) Risikoanalyse in Bezug auf die Schutzzielgruppen

Präventionsstrategien müssen sich daraufhin prüfen lassen, inwieweit sie zum Risikoausschluss, zur Risikovermeidung/-reduzierung oder zur Risikobewältigung beitragen können. Dazu sind bei der Wahl der Mittel allen voran Alter und Entwicklungsstand der zu schützenden Personen zu berücksichtigen und folgende Fragen zu beantworten:

- Wie hoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos für welche Altersgruppen und wie viele Heranwachsende könnten potenziell betroffen sein? Hier sind die möglichen Rollen der Heranwachsenden (Rezipienten vorgefertigter Medienangebote, Marktteilnehmer, Kommunikationspartner, Produzenten und Distributeure von Inhalten) altersdifferenziert zu berücksichtigen.
- Für welche Kinder und Jugendlichen besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, mit dem Risiko konfrontiert zu werden?
- Welche Risikofaktoren und -konstellationen müssen dabei berücksichtigt werden? Welche sind beeinflussbar?
 - Medienverhalten, Ausprägungen von Medienkompetenz
 - Psychosoziale Faktoren
 - Soziale und sozialstrukturelle Bedingungen

b) Analyse der Akteurskonstellationen und ihres Beitrags zu Erreichung der Schutzziele

Präventionsstrategien müssen die verschiedenen Akteurskonstellationen in Betracht ziehen, hier sind folgende Fragen als relevant anzusehen:

- Welche Akteure können in welcher Rolle zur Minderung von Risikofaktoren und Erhöhung der Schutzfaktoren beitragen?
- Wie können diese Akteure erreicht werden?
- Was wird von ihnen erwartet?
- Wie soll das Handeln der verschiedenen Akteure zusammenwirken?

Eine Analyse auf diesen beiden Ebenen der Schutz-Zielgruppen und der Akteurskonstellationen bildet die Basis für eine Klärung, ob die Präventionsstrategien an der Beseitigung der Ursachen des Risikos bzw. der Minderung der Risikofaktoren ansetzen und ob eine Stärkung der Ressourcen der Schutz-Zielgruppen angestrebt wird. Des Weiteren ist eine detaillierte inhaltliche Definition der Ursachen, Risikofaktoren und Ressourcen notwendig.

2. Die Ausrichtung der Präventionsstrategie muss möglichst exakt auf die verschiedenen Akteure abgestimmt werden.

Die bisherigen Ausführungen geben Hinweise darauf, dass erfolgreiche Schutzkonzepte in der Wahl ihrer Mittel je nach Ausrichtung auf verschiedene Akteure abgestimmt werden müssen. Bei der Präzisierung der Präventionsstrategie müssen daher folgende Fragen geklärt werden:

- Sollen nur die zu schützenden Personen selbst angesprochen werden oder auch ihr soziales und/oder erzieherisches Umfeld sowie die Anbieter von Inhalten, Geräten und Diensten?
- In welchen Rollen sind die Zielgruppen im Rahmen der Strategie anzusprechen: Z.B. als Teilnehmende an einer Kommunikationssituation oder als potenzielle Konsumentinnen und

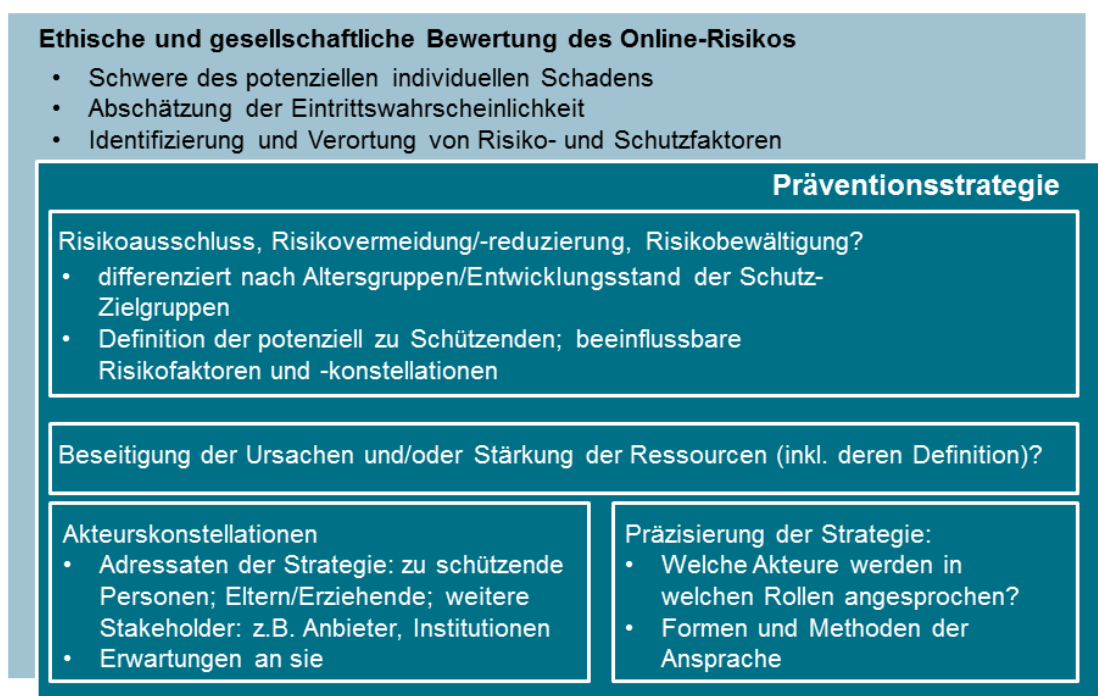
Konsumenten (siehe zu den unterschiedlichen Akteursrollen der Heranwachsenden Kapitel 2.1). Diese Fragen sind auch für das soziale und erzieherische Umfeld sowie die Anbieter zu klären.

- Welche Formen der Ansprache sind die geeignetsten für die zuvor definierten Adressatengruppen?

Je nach Adressatengruppe kann die Strategie inhaltlich unterschiedlich ausgerichtet werden, was jeweils unterschiedliche Methoden nach sich zieht: Zu klären ist, ob Aufklärung/Bewusstseinsbildung, Verhaltensänderung oder Schadensbewältigung im Vordergrund stehen sollen. Darauf aufbauend kann der erwartete Nutzen definiert werden, der letztendlich zur Abwägung des Aufwands führt, in den materielle wie immaterielle Güter einfließen. Auch hier bilden letztlich aktuelle Wertediskurse die Entscheidungsbasis.

Das komplexe Gefüge aus Risikobewertung, der Ausrichtung der Strategie(n), der Analyse von Schutz-Zielgruppen und den Adressaten der Strategien verbunden mit der Klärung, welche Ziele mit der Präventionsstrategie eingelöst werden sollen, veranschaulicht Abbildung 4.1.

Abb. 4.1: Systematik zur Bewertung von Präventionsstrategien



Die Prävention von medienbezogenen und insbesondere von Online-Risiken weist u.a. deswegen Besonderheiten auf, da diese nicht mit einfachen Kausalzusammenhängen beschreibbar sind. Zusammenfassend wird deutlich, dass die Prävention von medienbezogenen Risiken ein sehr komplexes Unterfangen darstellt, das eine möglichst detaillierte Kenntnis aller Komponenten voraussetzt. Idealerweise können Präventionsstrategien dann einen Beitrag dazu leisten, Heranwachsenden den bestmöglichen Schutz vor Beeinträchtigungen zu gewähren und ihr Wohlergehen zu fördern.

Verwendete Literatur

- Bounin, Ingrid: Präventiver Jugendmedienschutz - "...auf dass der Mensch ein kompetentes Wesen sei". In: Analog und Digital, Jg. o.J., H. 31, S. 7–9, zuerst veröffentlicht: http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/user_upload/Medienbildung_MCO/Realschulabschlusspruefung/Praeventiver_Jugendmedienschutz_auf_dass_der_Mensch_ein_kompetentes_Wesen_sei.pdf, zuletzt geprüft am 31.08.2015.
- Caplan, Gerald (1964): Principles of preventive psychiatry. London, New York: Basic Books.
- Dreyer, Stefan; Hasebrink, Uwe; Lampert, Claudia; Schröder, Hermann-Dieter (2013): Entwicklungs- und Nutzungstrends im Bereich der digitalen Medien und damit verbundene Herausforderungen für den Jugendmedienschutz. Teilbericht II. In: Bericht im Rahmen des nationalen Programms Jugend und Medien, Forschungsbericht Nr. 09/13, Bundesamt für Sozialversicherungen Bern. (Beiträge zur Sozialen Sicherheit). Online verfügbar unter: http://www.bsv.admin.ch/index.html?webcode=d_11253_de, zuletzt geprüft am 31.08.2015.
- Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (2011): Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Medienkompetenz. Deutscher Bundestag. (Drucksache 17/7286). Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/072/1707286.pdf>, zuletzt geprüft am 31.08.2015.
- Erdemir Prof. Dr., Murad (2014): Neugewichtung des Kinder- und Jugendmedienschutzes in Zeiten der Digitalisierung der Gesellschaft. Vortrag, gehalten von Prof. Dr. Murad Erdemir vor der Mitgliederversammlung des Institutes für Medienpädagogik und Kommunikation (MuK) / Landesfilmdienst Hessen e.V. am 8. April 2014. Herausgegeben von Landesfilmdienst Hessen e.V. - Institut für Medienpädagogik und Kommunikation (MuK Hessen). Online verfügbar unter http://www.lpr-hessen.de/files/Broschuere_Neugewichtung_Jugendmedienschutz.pdf, zuletzt geprüft am 31.08.2015.
- Gschwandtner, Franz; Paulik, Richard; Seyer, Seifried; Schmidbauer, Rainer (2011): Präventionsforschung. In: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (Hg.): 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Jugend aus Sicht der - Wissenschaft (Teil A) - Jugendarbeit (Teil B). Wien, S. 323–338.
- Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg (2014): Systematisierung der Problemlagen bei der Mediennutzung Minderjähriger: Herausforderungen für den Jugendmedienschutz. In: Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg (Hg.): Aufwachsen mit digitalen Medien. Monitoring aktueller Entwicklungen in den Bereichen Medienerziehung und Jugendschutz (1/2014), S. 7–10.
- JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (2014): Jugendmedienschutz aus der Perspektive handlungsorientierter Medienpädagogik. Stellungnahme des Vorstands des JFF - Institut für Medienpädagogik. Online verfügbar unter http://www.merz-zeitschrift.de/index.php?NEWS_ID=9915, zuletzt geprüft am 31.08.2015.
- Klimsa, Anja (2007): Prävention und Medienpädagogik. Entwicklung eines Modells der medienpädagogischen Präventionsarbeit. Göttingen: Cuvillier.
- Leppin, Anja (2014): Konzepte und Strategien der Prävention. In: Hurrelmann, Klaus; Klotz, Theodor; Haisch, Jochen (Hg.): Lehrbuch Gesundheitsförderung und Prävention. Bern: Hans Huber, S. 36–44.
- Neumann-Braun, Klaus; Kleinschnittger, Vanessa; Baumgärtner, Michael; Klug, Daniel; Preite, Alessandro; Preite, Luca (2012): Risikofaktoren bei der Nutzung digitaler Medien durch Jugendliche und mögliche Handlungsstrategien im Rahmen von Prävention und Intervention. Bericht im Rahmen des nationalen Programms Jugend und Medien, Forschungsbericht Nr. 12/12. Bundesamt für Sozialversicherungen Bern. (Beiträge zur Sozialen Sicherheit). Online verfügbar unter http://www.jugendundmedien.ch/fileadmin/user_upload/Fachwissen/eBericht_12-12_d.pdf, zuletzt geprüft am 31.08.2015.
- Perren, Sonja; Corcoran, Lucie; Cowie, Helen; Dehue, Francine; Garcia, D´Jamila; Guckin, Conor, MC et al. (September 2012): Coping with Cyberbullying: A Systematic Literature Review. Final Report of the COST IS 0801 Working Group 5. Universität Zürich. Online verfügbar unter

http://www.jugendundmedien.ch/fileadmin/user_upload/Fachwissen/1012_COST_Cyberbullying_coping_report.pdf, zuletzt geprüft am 31.08.2015.

- Schmitt, Christof (2012): Zum Präventionsbegriff und dessen Dimensionen. In: Stange, Waldemar; Krüger, Rolf; Henschel, Angelika; Schmitt, Christof (Hg.): Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Grundlagen und Strukturen von Elternarbeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 40–56.
- Springer, Fred; Phillips, Joel (2006): The IOM Model: A Tool for Prevention Planning and Implementation. In: prevention tactics, Jg. 8, H. 13, S. 1–8, zuerst veröffentlicht: <http://www.cars-rp.org/publications/Prevention%20Tactics/PT8.13.06.pdf>, zuletzt geprüft am 15.08.2015.
- Wagner, Ulrike; Brüggem, Niels (2012): Von Alibi-Veranstaltungen und „Everyday Makers“. Ansätze von Partizipation im Netz. In: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (Hg.): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik. München: kopaed, S. 21–42.
- Wagner, Ulrike; Brüggem, Niels (2013): Schlussfolgerungen für Pädagogik und Jugendmedienschutz. In: Wagner, Ulrike; Brüggem, Niels (Hg.): Teilen, vernetzen, liken. Jugend zwischen Eigensinn und Anpassung im Social Web. Baden-Baden: Nomos (BLM Schriftenreihe, 101), S. 221–249.
- Wohlgemuth, Katja (2009): Prävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Annäherung an eine Zauberformel. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Ziegler, Holger (2013): Prävention und soziale Kontrolle. In: Scherr, Albert (Hg.): Soziologische Basics. Eine Einführung für pädagogische und soziale Berufe. 2., erw. und aktualisierte Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 213–222.

Anhang: Modell des Intelligenten Risikomanagements des I-KiZ, Stand: 10.01.2016

